



VfR 07 hat neuen Vorstand

Wolfgang Immel führt den Sportverein

Seite 16



Schwer verdaulich

Wieder „Pizzeria-Streit“ in Hadamar

Seite 19



Erbach: Neues Vereinsheim

Verschönerungsverein zieht in alten Kindergarten

Seite 21

Kinder im Schloss

Canzobinis singen in Schaumburg

Seite 23



NOTIERT

Freude

Lautes Geknurre in der Limburger Innenstadt am Sonntagmittag. Sofort der Gedanke: Irgendein sportliches Megaereignis verpasst? Im Fußball rollt der Ball noch recht ruhig in der Bundesliga, die Europa-Meisterschaft kommt erst noch. Die Handball-WM war gerade. Ach ja, Biathlon-WM! Da haben die Frauen gestern noch einmal nachgelegt und Gold in der Staffel geholt! Aber ein Gang auf die Straße belehrt. Die Freude hatte gar nichts mit Sport zu tun. Fahnen flatterten an den Autos, die auf den ersten Blick nicht zuzuordnen waren. So langsam dämmerte es dann: Das Kosovo hat sich für unabhängig erklärt. Und diejenigen, die mit ihren Autos durch die Innenstadt unterwegs sind, stammen aus diesem Gebiet, haben dort vielleicht noch Freunde, Angehörige. Es gibt gute Gründe sich zu freuen - auch wenn es mit Sport gar nichts zu tun hat.

Leventis

ANZEIGE

Jubiläumsangebot !! Geldanlage 2.500 € bis 250.000 €

4,3% p.a. für 100 Tage

Begrenztes Kontingent für Privatkunden! 100 Jahre 1908 - 2008 Kreissparkasse Limburg

Zurückgeblättert

Vor 30 Jahren: Kegelclubs boomen, auch Dank der neuen Stadthalle. Waren es zwei Jahre zuvor noch 38 Clubs mit 425 Personen, sind es inzwischen 80 Clubs mit 1062 Personen. (bra)

Hilfe für Kinder

Die Leberecht-Stiftung der Nassauischen Neuen Presse sammelt für behinderte Kinder und Jugendliche. Spenden auch Sie: Kreissparkasse Limburg (BLZ 511 50018), Kto.-Nr. 22145.

NNP im Internet www.nnp.de

Konzert der Preisträger

Limburg-Weilburg. Am Samstag, 23. Februar, findet in Gießen ein Konzert mit Preisträgern des Regionalwettbewerbs Jugend musiziert statt. Das Konzert beginnt um 14.30 Uhr im Saal des Instituts für Musikwissenschaft und Musikpädagogik der Justus-Liebig-Universität in Gießen. An dem öffentlichen Konzert nehmen auch die Teilnehmer aus dem Nassauer Land teil, die sich für den Landeswettbewerb qualifiziert haben (wir berichteten). Im Rahmen des Konzerts werden auch verschiedene Sonderpreise an die Nachwuchsmusiker überreicht. (nnp)

Im Streit um die Müllgebühren zwischen Kreis und Klagegemeinschaft:

Warten auf den Vermittler

Limburg-Weilburg. In einem Vermittlungsverfahren soll nun versucht werden, eine Einigung bei den Müllgebühren im Kreis Limburg-Weilburg zu erreichen. Nachdem der Kreistag bereits im vergangenen Jahr einer sogenannten Mediation (Vermittlung) zugestimmt hat, kam nun auch ein positives Signal von Seiten der Klagegemeinschaft gegen die Müllgebühren. Das Verfahren wird geleitet von Richtern des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel. Die kennen sich mit der Materie aus, schließlich haben sie schon einmal über eine entsprechende Klage entschieden. Wann das Verfahren durchlaufen wird, das ist allerdings noch nicht ganz klar. Gerhard Würz, Vorsitzender der Klagegemeinschaft, geht davon

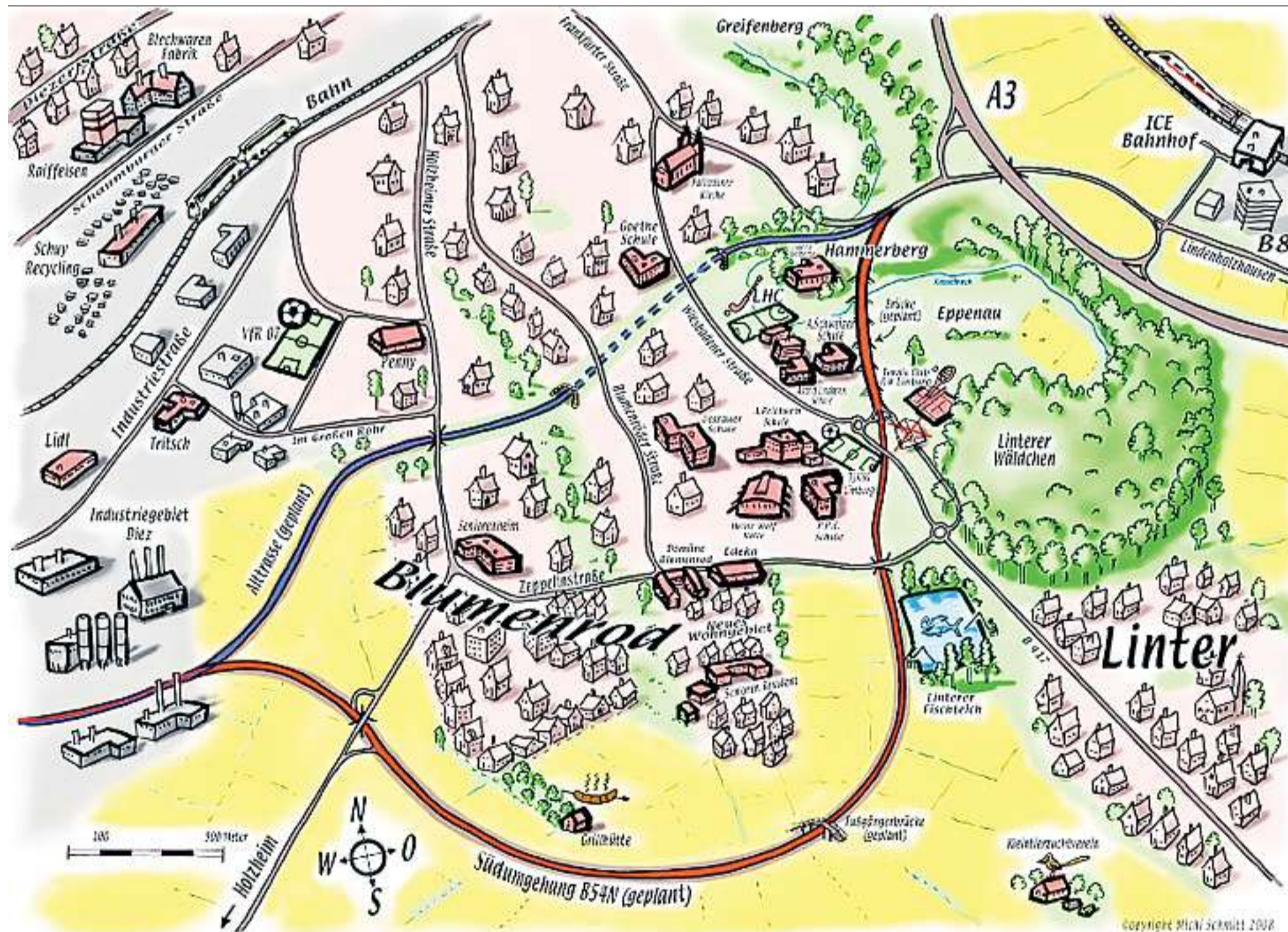
aus, dass dies innerhalb der kommenden drei Monate sein wird. Die Pressestelle des Gerichts konnte keine Angaben machen und verwies zudem darauf, dass die Mediation nicht öffentlich ist. Seit fast sieben Jahren kämpft die Klagegemeinschaft gegen die vom Kreis erhobenen Müllgebühren. Juristisch durchaus mit Erfolg, der sich allerdings auf die Höhe der Gebühren in keinster Weise auswirkte. Zur Zeit hat die Gemeinschaft zwei Klagen laufen. Zum einen gegen die vom Kreistag erlassenen rückwirkenden Müllgebühren, zum anderen gegen die seit dem 1. Januar des vergangenen Jahres geltenden Gebühren. Die Klage gegen die rückwirkend erlassenen Gebühren ist

nach Einschätzung von Würz quasi schon eine Zwangsläufigkeit. Vorausgegangen war der juristische Erfolg der Klage vor Gericht. Der Verwaltungsgerichtshof hatte die Gebühren, die zum 1. Januar 2002 um mehr als 30 Prozent erhöht worden waren, für unrechtmäßig erklärt und dies unter anderem auch mit der Ungleichbehandlung zwischen den Gebührenzahlern aus dem Kreis Limburg-Weilburg sowie den gewerblichen Müllanlieferern begründet. Nach Einschätzung des Gerichts wurden die gewerblichen Anlieferer deutlich geringer als die Gebührenzahler mit Kosten belastet, die durch die Deponie verursacht werden. Doch der juristische Erfolg zahlte sich nicht aus. Der Kreistag

beschloss mit deutlicher Mehrheit rückwirkend eine neue Gebühr, die von den Gebührenzahlern jedoch das gleiche Geld verlangte. Geändert worden war der Berechnungsmodus für die Gebühr. In der politischen Diskussion machte die Kreistagsmehrheit immer wieder deutlich, dass die von den gewerblichen Anlieferern erhobenen Gebühren sich am Markt orientierten. Höhere Gebühren hätten dazu geführt, dass es keinen oder deutlich geringere Mengen an Gewerbenüßern gegeben hätte. Dies würde wieder die Gebührenzahler belasten, denn die größten Kosten der Deponie seien Fixkosten (Schaffung von Deponieräumen, Nachsorge), die ohnehin anfallen würden. „Wir hatten schon einmal ein

Mediationsverfahren vorgeschlagen, doch die politische Mehrheit im Kreistag wollte dies nicht“, erinnert Würz, der dem Kreistag als Mitglied der FWG-Fraktion angehört. Das Verfahren hatte die FWG anregt, bevor die neuen Gebühren, die seit 1. Januar vergangenen Jahres in Kraft sind, verabschiedet wurden. Doch dazu kam es nicht. Nun hat das Verwaltungsgericht ein solches Verfahren vorgeschlagen. Die Positionen sind nach wie vor unverändert. Würz geht davon aus, dass die Vermittler des VGH den beiden streitenden Parteien einen Vorschlag unterbreiten. Wenn beide Seiten diesem Vorschlag zustimmen, kann er auch umgesetzt werden. Und damit wäre dann ein langer Rechtsstreit beendet. (jl)

Südümgehung: Initiative sieht Limburg als Verlierer



Die von der Bürgerinitiative vorgelegte Karte zeigt deutlich, wo die beiden unterschiedlichen Trassen (Alttrasse und Variante 1) der Südümgehung verlaufen sollen.

Limburg. „Die Bevölkerung diskutiert immer stärker über das Thema Südümgehung. Das ist mit uns unserer Ziele“, sagt Ralf Jung-König, Sprecher der „Bürgerinitiative Keine Südümgehung Blumenrod/Linter“, die am Samstagmittag zu einem Informationsstermin in die Felder zwischen Blumenrod und Linter geladen hatte. Mehrere Dutzend betroffene Anwohner, Landwirte und interessierte Bürger hatten sich dazu eingefunden. Nach der Gründung der Initiative im vergangenen November hat es nach Jung-Königs Worten bereits mehrere Aktionen und Treffen gegeben. Mit Unterstützung des Illustrators Michael Schmitt aus Blumenrod sind farbige Karten gestaltet worden, die die geplanten Varianten anschaulich darstellen. Die Initiative war bereits mehrmals mit Informationsständen in der Innenstadt vertreten, hat Informationsflyer und Autoaufkleber angefertigt und verteilt. Eine Internetseite ist in Vorbereitung.

Zwischen der Holzheimer Straße und der Zeppelinstraße (am Linterer Weiler) und in Richtung Mensfelder Kopf haben die Umgebungsgegner den Verlauf der geplanten Trasse „Südümgehung Blumenrod, Variante 1/a“ mit Holzpflocken und Trassierbändern abgesteckt. Dies soll noch in den nächsten Wochen in Absprache mit den betroffenen Landwirten bestehen bleiben, damit sich Spaziergänger selbst ein Bild von machen können, wie sehr der Straßenbau sich auf das Landschaftsbild auswirken wird, so Jung-König. In einer nächsten Aktion in voraussichtlich fünf Wo-

chen soll noch der Bereich von der Zeppelinstraße bis zur Autobahn mit Pflocken und Bändern deutlich sichtbar aufgezeigt werden. Bislang sind zwischen 1500 und 2000 Unterschriften von Bürgern aus Blumenrod und Linter gesammelt worden. Sie sollen in den nächsten Wochen als Zeichen des Protests bei Bürgermeister Martin Richard (CDU) im Rathaus abgegeben werden. Nach Ansicht von Jung-König, der sich auch in beruflicher Hin-

sicht mit Stadtentwicklung beschäftigt, hätte die Trasse „Südümgehung Blumenrod, Variante 1/a“ nur eine geringe Entlastungswirkung zur Folge: „Limburg bräuhete ein deutlich besseres Verkehrskonzept als neue Straßen.“ In einem Flugblatt führt die Bürgerinitiative gleich mehrere Gründe für ihre Ablehnung an. Wichtige Naherholungs- und Naturschutzgebiete wie das Kasselbachtal, die Eppenau und ein Vogelschutzgebiet würden zerstört, die Frischluft-Zufuhr für die Lim-

burger Innenstadt blockiert. Zudem würden Lärm, Abgase und Feinstaub die Bürger in der Kernstadt, in Blumenrod und in Linter belasten. Die Initiatoren verweisen auf die demografische Entwicklung und sind der Auffassung, dass von einer Südümgehung „nur die Stadt Diez und die Aargemeinden profitieren“: für die Bürger in Limburg blieben die Nachteile. Weiter wird angeführt, dass Limburg „wichtige Siedlungs-Erweiterungsflächen genommen“ werden und „rund 200.000 Quadratmeter wertvoller und sehr guter Ackerboden vernichtet“ werden. Die eigentliche Vereinsgründung der Bürgerinitiative soll am Dienstag, 26. Februar, um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Zur Post“ stattfinden. An diesem Abend soll unter anderem auch über einen Mitgliedsbeitrag, voraussichtlich in Höhe von zwei Euro im Monat, abgestimmt werden.

Ansprechpartner der Initiative sind unter anderem Graf Wolfgang von Spee, ☎ (06431) 778781, oder Ralf Jung-König, ☎ (06431) 941971, E-Mail: ralf.jung-koenig@gmx.de. (bra)



Auf dem Feld zwischen Linter und Blumenrod informierte die Bürgerinitiative interessierte Bürger über ihr Vorhaben. Auch der Verlauf der geplanten Südümgehung wurde gezeigt. Foto: Braun

DIE WOCHE

Behördenstandorte

Hadamar und Weilburg kämpfen darum, dass der Kreis in ihren Mauern eigenes Personal ansiedelt oder aufstockt. Zwar vermeiden beide Städte und deren Wortführer dabei, den Konkurrenten öffentlich bloßzustellen oder dessen Ansinnen als unberechtigt zurückzustellen, dennoch geschieht es. Dabei hat das, was beide Kommunen fordern, nur bedingt etwas miteinander zu tun.

Hadamar möchte ein Amt oder eine Abteilung, die ehemals beim Land angesiedelt war und im Rahmen der Kommunalisierung unter dem Dach des Kreises aufgenommen wurde, im leerstehenden Schloss. Das Schloss ist im Landeseigentum, ebenso das Haus im Limburger Renngarten, in dem das Amt zurzeit noch untergebracht ist. Für Hadamar ist es auf absehbare Zeit wohl die letzte Möglichkeit, sich ein Amt der öffentlichen Verwaltung für das Schloss zu sichern - eine nachvollziehbare Forderung der Stadt.

In Weilburg gibt es bereits Personal vom Kreis. Das ist nicht weiter verwunderlich, schließlich war Weilburg einmal Kreisstadt - auch wenn das heute viele nicht mehr wissen. Bei der Zusammenlegung zu Limburg-Weilburg sind entsprechende Verträge abgeschlossen worden, um eine Zweigstelle zu erhalten. Was dabei an Personal in Weilburg zu beschäftigen ist, wurde noch vor wenigen Jahren konkretisiert. Von mehr als 60 Mitarbeitern ist dabei die Rede. Doch davon scheint der Kreis weit entfernt zu sein. Der Landrat spricht selbst von 49 Mitarbeitern, Kritiker aus der Oberlahn-

ANZEIGE

elegant Bildereinträge vom Limburg - Am Renngraben 9 Tel. (06431) 22005

Region hingegen kommen nur auf etwa 35 Mitarbeiter. Da gibt es Klärungsbedarf. Und die Aufforderung an den Kreis, sein Versprechen zu halten, ist durchaus nachzuvollziehen.

Es gibt allerdings noch ein paar andere Aspekte, die in der ganzen Diskussion zu berücksichtigen sind: Hadamar gehört ganz sicher zu den Verlierern von Ämter- und Behördenreformen. Die Stadt hat immer wieder abgeben müssen, nun ist kaum noch et-

ANZEIGE

istel ELZ GEBÄUDEREINIGUNG · DIENSTLEISTUNGEN 06431 / 954 90

was da. Zuletzt sind das Forstamt und das Amt für Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht aus der Stadt und dem Schloss verschwunden. Die Anstrengungen des Landes, neue Mieter für das Schloss zu finden, können bisher nicht allzu groß gewesen sein. Aktives Bemühen ist in der Öffentlichkeit nicht zu erkennen gewesen. Und wenn es dann mal Mieter gab, dann ging dies auf das Engagement auf lokaler Ebene zurück (Kreismusikschule). Warum gelingt es nicht, Interessenten für das Schloss zu begeistern? Sind die Konditionen (Miete, Nebenkosten) so ungünstig?

Möglicherweise liegt es aber auch am Umfeld. Die Innenstadt von Hadamar hat in den vergangenen Jahren deutlich an Attraktivität verloren. Zum Teil oder ganz leerstehende Gebäude gibt es leider zu viele. Und eine Stadtpolitik, die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, als gemeinsam nach Lösung zu suchen, ist nichts, mit dem sich Interessenten von außen holen lassen. Auch bei dem zu gönnenden Erfolg im Werben um das Amt des Kreises ist dies noch kein Zeichen einer Kehrtwende.

Ein Blick nach Weilburg könnte da schon etwas weiter helfen. Mag sein, dass dort der Bürgermeister hier und da etwas eigenmächtig gehandelt hat, auch finanzielle Risiken eingegangen ist, aber die Stadt hat ihr Jammertal ganz offensichtlich durchschritten. Weilburg hat sich in den vergangenen Jahren ganz erheblich gewandelt. Nicht alles hat sich dabei zum Guten gewendet. Aber die Stadt hat ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. Wer sich selbst hilft, dem wird dann auch geholfen.

Johannes Laubach